



Andreas Westerfellhaus
Präsident Deutscher Pflegerat e. V.

Editorial

Pflege stärken mit starken Partnern

Wir haben es in der Hand zu entscheiden, wie die Zukunft der Pflege und unsere Rolle darin aussieht. Dazu bedarf es starker Signale, einer starken Präsenz und vor allem Ihrer Mitwirkung. Lassen Sie uns auf dem Deutschen Pflergetag 2016 in Berlin gemeinsam zeigen, dass wir uns der großen Verantwortung bewusst sind, die wir für Millionen Pflegebedürftige, deren Angehörige und die Ausgestaltung und Weiterentwicklung unserer Profession tragen. Lassen Sie uns jedoch auch zeigen, dass wir Erwartungen haben – ohne die eine gute Pflege nicht funktionieren kann.

Der dritte Deutsche Pflergetag wird im Jahr 2016 die Signale für eine starke Fortentwicklung der Pflege setzen. Er wird der Leuchtturm für die Zukunft unserer Branche sein. Er wird die Richtung vorgeben und dort, wo es nötig ist, sich als fester Orientierungspunkt erweisen. Das Motto des Deutschen Pflergetags „Pflege stärken mit starken Partnern“ haben wir unverändert gelassen. Denn nur gemeinsam sind wir stark. Wie in diesem Jahr lädt auch 2016 der geschichtsträchtige Flughafen Berlin-Tempelhof zum intensiven Dialog ein. Als Veranstaltungsort ist er ein Symbol für Begegnung, Gemeinschaft und Fürsorge.

Jetzt kommt es auf Sie an. Nehmen auch Sie aktiv teil, um die notwendigen zukunftsweisenden Entwicklungen für unsere Berufe auf den Weg zu bringen. Wir sehen uns in Berlin.

Andreas Westerfellhaus
Präsident Deutscher Pflegerat e. V.



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Was ändert sich mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff?

In die Pflege scheint Bewegung zu kommen. Erste Entwürfe des Pflegeberufsgesetzes liegen vor. Lange Jahre haben wir darauf gewartet. Schneller ging es dagegen mit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz, welches die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes vorsieht. Dazu heißt es im Referentenentwurf: „Die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes wird einen Perspektivwechsel in der pflegerischen Versorgung erfordern. Hierzu und zur Stärkung individueller Ressourcen von Pflegebedürftigen wird auch das Leistungsgeschehen der Pflegeversicherung weiterentwickelt“.

Die Pflege wird somit einem Systemwechsel unterworfen, der für viele noch nicht vollständig überschaubar ist. Sämtliche Verträge müssen überarbeitet werden. Übergangsregelungen für die neuen Pflegegrade und zur Berechnung der neuen Heimentgelte sind vorgesehen. Ergänzt und neu strukturiert werden die Vorschriften zur Qualität und ihre Darstellung.

Auf den Prüfstand gehören dabei auch die Pflege- und Betreuungsleistungen. Entsprechen diese künftig der Philosophie des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes oder wird nur „alter Wein in neue Schläuche gepackt“? Das ist zu prüfen. Andernfalls wird es zu Enttäuschungen kommen. Eines scheint dabei bereits heute klar zu sein. Automatisch wird es nicht zu mehr Personal kommen, auch wenn scheinbar mehr Leistungen gefordert werden können.

Franz Wagner
Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)

Eindeutiges Votum

Schleswig-Holstein stimmt für die Pflegekammer

In Schleswig-Holstein hat der Landtag dem Gesetzentwurf zur Errichtung einer Pflegeberufekammer zugestimmt. Damit kommt das Land einer langjährigen Forderung des Deutschen Pflegerats (DPR) nach.

Schleswig-Holstein setzt mit der Pflegekammer die richtigen Zeichen für die Berufsgruppe der Pflegefachpersonen. „Das ist ein großartiger und wegweisender Schritt für die Selbstbestimmung der professionell Pflegenden“, freut sich Franz Wagner, Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR).

„Damit endet auch in Schleswig-Holstein die Fremdbestimmung über die Interessen der Pflegefachpersonen“, macht Wagner deutlich: „Nur eine starke Pflegekammer kann die Interessen der Pflegefachpersonen tatsächlich vertreten. Diese müssen das Recht haben, in vollem Umfang die pflegerischen Herausforderungen der Zukunft und ihre darin liegende eigene große Verantwortung selbst mitzubestimmen.“

Zuversichtlich zeigt sich Wagner, dass die bisherigen Skeptiker einer Pflegekammer mittelfristig vom Erfolg einer Kammer überzeugt werden können. „Die Pflegekammern werden entscheidende Hebel dafür sein, wenn es um die Verbesserung der Rahmenbedingungen

in der Pflege und um mehr Wertschätzung für die professionell Pflegenden geht“, ist sich Wagner sicher.

Pflegering ist Mogelpackung

Scharfe Kritik übt dagegen Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegerats, am bayerischen Kabinettsbeschluss zu einem so genannten „Pflegering“: „Eine auf Freiwilligkeit basierende Interessensgemeinschaft, wie dies das bayerische Kabinett vorhat, kann der Pflege keine starke Stimme geben. Denn ein solches Konstrukt kann nicht in dem Maße für die Pflegefachpersonen eintreten, wie es Aufgabe und zugleich Verpflichtung einer Pflegekammer ist. Ihr Mehrwert ist daher fraglich.“

Westerfellhaus weiter: „Nur eine starke Pflegekammer auf Augenhöhe mit den übrigen verkammerten Gesundheitsberufen kann die Interessen und Rechte der Pflegefachpersonen tatsächlich vertreten. Diese müssen das Recht haben, im vollen Umfang die pflegerischen Herausforderungen der Zukunft

und ihre darin liegende eigene große Verantwortung selbst mitzubestimmen. Einem Pflegering fehlt hierfür die Durchschlagskraft.“

Keine Second-best-Lösungen

Mit ihrer jetzigen Haltung missachte und ignoriere die bayerische Landesregierung das eindeutige Votum jeder zweiten Pflegekraft für eine bayerische Pflegekammer, macht der DPR-Präsident weiter deutlich. Das spreche gegen das viel beschworene Prinzip der Wertschätzung für die Pflegeberufe. „Es ist ein Schlag in das Gesicht derer, die seit vielen Jahren für die Aufwertung der Berufe in der Pflege eintreten. Eine gute Pflegepolitik sieht anders aus.“

„Der geplante Pflegering ist eine Mogelpackung. Er ist Beweis für Konzeptlosigkeit und kommt einem Kniefall vor den Gegnern einer Pflegekammer gleich“, kritisiert Westerfellhaus: „Die Pflegefachpersonen wollen keine Second-best-Lösungen. Sie wollen eine starke Pflegekammer, mit der tatsächlich gewährleistet ist, dass ihre Interessen wahrgenommen werden und sie nicht nur Mitläufer sind. Die Pflegekammer muss erste Option bleiben.“

www.deutscher-pflegerat.de

© MichaelJay / iStock

Nachgefragt

Pflege muss eigenständig werden

Die Bunderegierung arbeitet zurzeit an einem neuen Pflegeberufgesetz, mit dem die Pflegeausbildung modernisiert und ein einheitliches, attraktiveres Berufsbild für alle Pflegeberufe geschaffen werden soll. Werden mit der Etablierung dieses Gesetzes die Probleme, die es in der Pflege gegenwärtig gibt, gelöst werden? Wir fragten den Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann.



Karl-Josef Laumann

Bevollmächtigter der Bundesregierung für Patienten und Pflege

? Herr Laumann, warum wollen Sie den Beruf der Kranken- und Altenpflege zusammenführen?

Laumann: Wir wollen in dieser Wahlperiode zu einer Generalisierung der Pflegeausbildung kommen. So steht es auch im Koalitionsvertrag, dem alle Minister auf Landesebene zugestimmt haben. Ich hoffe, dass sich u.a. dadurch die Pflege in Deutschland mehr emanzipiert. Der Beruf kann nur attraktiv werden, wenn er zu einem eigenständigen Teil des deutschen Gesundheitswesens wird. Das Zusammenführen der Alten- und Krankenpflege ist hierzu ein wichtiger Schritt. Bund und Länder haben sich in fast allen Punkten geeinigt. Geklärt werden müssen nur noch Details, etwa, wie wir künftig die Pflegeschulen finanzieren.

? Haben wir genug Nachwuchs für die Pflege?

Laumann: Die größte Herausforderung ist es, die Menschen zu finden, die in den Pflegeberufen wollen. Am Beispiel der Altenpflege wird es deutlich: Dort haben wir rund 700.000 Pflegekräfte und jedes Jahr wächst der Bedarf um etwa 2–3%. Das sind über 20.000 zusätzliche Stellen. Der Arbeitsmarkt für Pflegekräfte ist aber derzeit ziemlich leergefegt – es ist teilweise sehr schwer, geeignetes Personal zu finden. Umso wichtiger ist daher für jeden von uns das private Umfeld. Das, was Familien aus Liebe zu ihren Angehörigen leisten, können wir nicht komplett durch professionelle Kräfte ersetzen.

? Und wie steht es aktuell um die Pflege in unseren Krankenhäusern?

Laumann: Die gesetzlichen Krankenkassen haben den Auftrag, Medizin, Pflege und ärztliche Leistung zu bezahlen. Die Landesregierungen sind für die Investitionen in den Krankenhäusern verantwortlich. Doch dieser Verantwortung kommen sie nur unzureichend nach: Die entsprechenden Fördermittel sind von rund 3,9 Milliarden Euro im Jahr 1993 auf rund 2,7 Milliarden Euro 2013 zurückgegangen. Das hat dazu geführt, dass viele Krankenhäuser nun das Geld der Krankenkassen nehmen und es in die Gebäudeunterhaltung anstatt in die Pflege stecken. Deswegen kommt es zu Personalengpässen in den Krankenhäusern. Und deshalb sind auch die Pflegekräfte der Charité auf die Straße gegangen – die wollten nicht mehr Geld, sondern mehr Personal.

? Wie können wir ganz generell die Zukunft in der Pflege meistern?

Laumann: Die große Herausforderung kommt erst noch auf uns zu, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit, die Baby-Boomer, in 20 Jahren pflegebedürftig sein werden und gleichzeitig die geburtschwachen Jahrgänge die Schulen verlassen. Für die Grund- und Behandlungspflege werden wir dann das Personal voraussichtlich haben. Aber das, was Menschen an Gesprächen und Empathie im Krankheitsfall auch brauchen, das werden wir niemals allein über den Staat organisieren können. Dafür wird es schlichtweg nicht genügend Personal geben. Weil wir es nicht bezahlen können und, weil wir die Ressourcen an Nachwuchskräften gar nicht haben.

? Sie entbürokratisieren die Pflege, wie sieht das konkret aus?

Laumann: Die Grundidee ist bestechend einfach. Nur wenn etwas vom normalen Pflegealltag abweicht, muss das noch aufgeschrieben werden. Das heißt: Pflegekräfte schreiben nicht mehr auf, dass ein Pflegebedürftiger kein Fieber hat, sondern „nur“ noch, wenn er Fieber oder andere Auffälligkeiten hat. Die neue Dokumentation vertraut den Pflegekräften, dass sie die Abweichungen registrieren und dokumentieren. So wissen die Pflegekräfte nach dem Schichtwechsel, worauf sie besonders achten – und sich kümmern müssen.

? Wie überzeugen Sie die Pflegenden von Ihrer Idee?

Laumann: Wir haben 650 Multiplikatoren geschult, die nun in den Einrichtungen die Idee und das neue Modell der Entbürokratisierung dem dortigen Personal erklären. Das soll dann wie ein Schneeballsystem immer weiter getragen werden. Wir gehen davon aus, dass wir damit bis zum Jahresende gut ein Viertel der Einrichtungen überzeugen. Klappt das, wäre das ein Meilenstein.

Das Interview führte Holger Senft.

PFLEGEFORUM

Niemand will die Altenpflege abschaffen

„Der Faktor Mensch spielt bei der Versorgung der Patienten die wichtigste Rolle“, machte Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegerats, beim Deutschen Pflegeforum deutlich. Westerfellhaus rät daher den Krankenhäusern und den Pflegeeinrichtungen zu einer anderen Art des Marketings. „Werben Sie mit der Fachlichkeit Ihres Personals, niedrigen Fluktuationsraten und einem umfangreichen Fortbildungsangebot.“

Die Berufsbilder in der Pflege seien immens vielfältig. Sie schließen das ganze Leben ein, von der Geburt bis zum Tod, ging Westerfellhaus auf die Bedeutung des Pflegeberufs ein. Er sagte: „Niemand will die Altenpflege abschaffen. Wir müssen uns jedoch endlich den neuen Anforderungen an die Pflege und Betreuung stellen und neue Antworten geben. Wir brauchen ein neues Berufsbild und ein neues Bildungssystem“.

Mit Blick auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und den damit einhergehenden neuen personalintensiven Leistungen mahnte Westerfellhaus: „Wenn das Personal hierfür nicht zur Verfügung steht, wird es zu Enttäuschungen kommen“. Keine Reform könne erfolgreich sein, wenn die Frage nicht geklärt sei, mit welchem Personal die professionellen Leistungen erbracht werden sollen, sagte er weiter.

www.deutscher-pflegerat.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Claudia Dachs (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin | Urban & Vogel GmbH
Aschauer Str. 30, 81549 München
Tel.: 089 203043-1300, Fax: 089 203043-1370

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
heilberufe.de

DPR fordert Länderkommission

Personalausstattung einheitlich gestalten

Der Deutsche Pflegerat fordert eine Kommission einzurichten, die einheitliche Personalschlüssel für die Pflege erarbeitet. Daran beteiligt werden müssen die Bundesländer. Nur so können die von Bundesland zu Bundesland bestehenden Unterschiede in der Personalausstattung beseitigt werden.

Der Deutsche Pflegerat begrüßt, dass nunmehr ein differenzierter und wissenschaftlich fundierter Pflegebedürftigkeitsbegriff in das Gesetzgebungsverfahren eingeht und bei den pflegebedürftigen Menschen ankommt. Damit kommt es zu einer Neuausrichtung in der Pflegeversicherung, die Minutenpflege wird beendet, die Selbstständigkeit pflegebedürftiger Menschen gestärkt. Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff werden die Weichen für eine umfassendere und bedarfsgerechtere pflegerische Versorgung gestellt.

System muss umgestellt werden

Zugleich setzt dies jedoch auch eine nahezu vollständige Umstellung des bisherigen Systems voraus. Klargestellt werden muss, dass sich die bestehenden und zu entwickelnden Leistungen an dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff orientieren. Das muss auch überprüft werden. Enttäuschend ist, dass der Referentenentwurf des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes analog zum erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriff keine konkreten Regelungen für mehr Pflegepersonal enthält.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass angesichts bundeseinheitlich geregelter Module für die Pflegebedürftigkeit wie auch für die Leistungen, die Personalausstattung den Verhandlungspartnern in den Ländern überlassen bleibt. Die bestehenden Unterschiede von teilweise mehr als 20% in der Personalausstattung der Pflegeheime je nach Bundesland blei-

ben somit erhalten. Das hat Auswirkungen auf die Versorgungsqualität.

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff führt nur dann zu einer verbesserten Versorgung, wenn ausreichend Pflegefachpersonen seine Umsetzung sicherstellen. Ein bundeseinheitlicher Personalschlüssel würde zu einer deutlichen Verbesserung der Personalsituation und damit der Versorgung führen.

Länderbeteiligung gefordert

Der Deutsche Pflegerat schlägt daher vor, eine Kommission mit Länderbeteiligung einzurichten, die entsprechend der neuen Pflegegrade einheitliche Bewertungsmaßstäbe für die Personalkorridore und den Personalmix in der stationären Pflege erarbeitet. Ohne eine den Pflegegraden sowie den Leistungen angemessene Personalausstattung wird aus Sicht des DPR die Verbesserung der pflegerischen Versorgung durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff scheitern.

Bis Mitte 2020 soll ein Personalbemessungsverfahren entwickelt und erprobt werden. Das geht aus dem mittlerweile vorgelegten Gesetzentwurf des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes hervor. Der Deutsche Pflegerat begrüßt diesen Schritt. Jedoch wird dieser erst in fünf Jahren greifen. Benötigt werden rasche Lösungen.

Thomas Meißner
Mitglied des Präsidiums des DPR